

Neufrische



1704

Kurszettel

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsgesetz usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Schriftleitung: Berlin SW68, Köpfitzstr. 22-26

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (Anst.-Handelst.): Carl Misch, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3600-3663, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3638. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 600.

Reinholds Steuerermäßigungen

Der neue Reichsfinanzminister benötigt seine Antitransche in der heutigen Reichstagsdebatte, Steuerermäßigungen von großer Tragweite anzukündigen. Er handelt sich vor allem um

1. die Senkung der Umsatzsteuer um fast die Hälfte, von 1 auf 0,6 v. H.,
2. die Halbierung der Gaststättensteuer, die bisher 2 v. H. betrug.

Diese Ermäßigungen bedeuten schätzungsweise eine Senkung der Steuerlast um 570 Millionen. Durch eine vernünftige Steuerpolitik soll einer Senkung der Wirtschaft der Weg gebahnt werden. Aus einer gesunden Wirtschaft ergeben sich dann von selbst gesunde Finanzverhältnisse des Staats.

Ein in Kaiser Glinasausfall befreit, wie der Minister hervorgehoben, naturgemäß ein gewisses Risiko, das die Reichsfinanzverwaltung nur unter der Voraussetzung auf sich nehmen kann, daß das Parlament keine Mehrtragungen über den Etat hinaus beschließt. Dr. Reinhold regte eine gesetzliche Festlegung dieses Grundgesetzes an.

Was die Möglichkeit der weiteren Erparnisse angeht, so ist der Finanzminister nicht für einen Beamtenabbau in dematischen Sinne. Der Beamtenapparat soll auf dem Wege über Entlassungen, die durch Tod und sonstiges Auscheiden entstehen, auf das normale Maß zurückgeführt werden, mit dem Angebot, einen möglichst kleinen, aber leistungsfähigen, gut bezahlten Beamtenstab zur Verfügung zu haben. Ein einzelner soll durch eine Vereinfachung der Steuererbearbeitung an Aufwendungen gespart werden.

Die Deckung des Ausfalls an Einnahmen ist natürlich durch solche Erparnisse nicht zu erzielen. Dafür soll zunächst bei der Reform gealterte Müßiggänger bezanlagt werden. Ein Teil des Extraordinariats soll auf den Anleihebank gebort werden, sobald die vorhandenen Raffenscheine erschöpft sind. Diese sind aber so beträchtlich, daß einbilden mehr an eine Anleiheaufnahme, noch an eine Verschöpfung angelegt gebort zu werden braucht. Sollte man zur Beschaffung einer Anleihe fortfahren, so läme zunächst eine innere Anleihe in Frage. Jedoch, wie gesagt, die Notwendigkeit für solche Operationen liegt jetzt und für geraume Zeit noch nicht vor. (Wortlaut der Rede siehe 3. Seite)

Die Konferenz der Länderpräsidenten

Von
Professor Dr. Willi Hellbach,
vormals Reichspräsidenten

Wieder einmal haben die Präsidenten der Länder mit dem Reichspräsidenten zusammengekommen. Der selber an einigen dieser Zusammenkünfte teilgenommen hat und zugleich gedruckt ist, politische Entscheidungen nicht bloß hinzunehmen, sondern durchzuführen und zu prüfen, wird sich jetzt einmal Gedanken darüber machen müssen, ob diese Einrichtung erwünscht ist. Sie kann teilsfalls besetzt unerwünscht sein, weil die Verfassung sie nicht vorsieht. Das politische Leben erzeugt überall Kontroversionen, die nicht auf dem Papier stehen und doch oft notwendig, mißachtens nützlich sein können als das, was im Gerede vorgeschrieben ist. Mit dem starren Gesetze befreit kommt auf die Dauer der Leben mitgenugs aus. Nur muß man von allem, was sich als Gewohnheit lebendig entwickelt und schließlich verpflichtend oder sogar schicksalähnlichen Charakter annimmt, dreierlei verlangen. Es darf keine Doublette, es sollte mißachtens nicht notwendig und es muß schließlich notwendig sein. Willigen, daß die neuerdings üblich gewordenen Konferenzen der Länderpräsidenten es verdienen, einmal darzulegen beabsichtigt zu werden. In der jungen und wachsenden deutschen Demokratie macht sich jeder verdient, der die Wege untersucht, die unsere mentalitätliche Entwicklung nimmt. Willigen, die mit allem sich abfinden, wie es eben geht, haben wir in Deutschland noch immer genug. Die Redaktionen, die sich bemüht bleiben, daß Geschichte gemacht wird, stiften gewiß oft Unbegreiflichkeiten, aber dennoch Segen.

Die deutschen Länder haben ihre verfassungsmäßige Vertretung im Reichsrat. In jedem Lande sind ein Teil der Regierungsglieder oberhalb der Mitglieder des Reichsrates, meist Tagesordnungen ihnen (wenigstens der Reichsrat nach, selber nicht immer tatsächlich) so rechtzeitig mitzubringen zu werden, daß sie die Möglichkeit haben, bei den Sitzungen nach Bedarf zu verlesen. Die meisten Länder unterhalten auch außerhalb in der Reichspräsidenten besondere ständige Vertretungen, „Gesandtschaften“ und aus zwischen einer ganzen Anzahl von Ländern untereinander sind Gebilde in Funktion, in die die Reichspräsidenten mit einbezogen sind. Dies wieder vermehrt. Die Geltendmachung der deutschen Einzelstaatlichkeit vollzieht sich also mittels eines sehr gründlich ausgebauten, recht verwickelten Apparates, der teils auf der Verfassung, teils auf Gewohnheiten beruht. Bei einem Bundesstaat sind diese Einrichtungen verwirklicht, wenn die ununterschieden einzelstaatlichen Kompetenzen geradlinig und durchgängig zu gestalten; die Gesamtstruktur bleibt dann in immer noch komplizierter genug. Der heutige Reichsrat ist durch die verschiedenen Provinzialparlamente und die Vertretung der preussischen Provinzialparlamente, die Reichspräsidenten als der alte Bundesrat, Mitglieder, Bevollmächtigung und Gebietsverhältnisse machen das faktische Verhältnis der Länder zum Reich komplizierter genug. Man möchte sagen, es ist für alle Mitarbeiter des Reichspräsidenten, der jetzt immer noch eine Bilanz mehr. Die jüngste, um die das Verhältnis Reich-Länder vermehrt worden ist, haben wir in der Konferenz der Länderpräsidenten.

Die Konferenzen, die ich selber mitgemacht habe, waren sehr interessant. In der Tat, man hat sich angesprochen und ist in ihrem Verlauf — sowohl während der offiziellen Verhandlungen als auch während des unangenehmsten Teiles, der sich in Gestalt eines einfachen Pausenbimbis abspielen pflegt. Wenn der Reichspräsident in seiner launigen Art diesen Anlaß einmal als ein „auch schon einmal“ rechtliche Einrichtung charakterisiert, so traf er denn Regel auf den Kopf, denn die offiziellen Beratungen dieser Konferenz sind nicht Konversationsklub, sondern als das freistehend. Wie es bei Zusammenkünften oft zu sein pflegt, gefaltet sich dabei ineffiziente Teil manchmal ebenso mißlich wie bei anderen. Ein zunder Tisch, der den württembergischen, badischen und belgischen Staatspräsidenten, den Bürgermeister von Hamburg, den mecklenburgischen Finanzminister, den bairischen Geheimrat und den Reichspräsidenten und den Landeserziehungsminister für anderthalb Stunden zusammenführt, erfüllt eine Million; er überdrißt Altersfragen, Parteienfragen und Territorialabhandlungen in sehr weitaus. An jeder Stelle, die mit ihm verbunden sind, ist er nicht ein symbolischer Bestandteil mehr, sondern er wird in der Sache als politischer Bestandteil mehr. Es ist ein wenig, aber es ist ein wenig, daß die Länderpräsidenten nach Berlin reisen müssen. Über ihre Interessen politischen Nutzen sind wir je länger je mehr erstrapel gekommen.

Es schaffen ohne Zweifel eine neue Vertriebsortsaufnahme, die immer wieder an derartigen noch sehr angelegentlich liegt in ihrer Innerbüchlichkeit. Sie fallen nicht auf eine einzelstaatlichen Kabinetsberatung mit verpflichtenden Instruktionen aufgebracht sein. Sie sollen auch eine Reichspräsidenten. Sie einzigen, die sich auf ein amtliches „Comité“ durch. Die Konferenz erfüllt die Welt, daß die Länderpräsidenten Meinung waren, aber schließlich doch der Reichspräsidenten.

Mussolini will heute antworten

Strefemans römisches Echo

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

10. Februar

Mussolini, der gestern tief in die Nacht im Auswärtigen Amt blieb, um den Text der Rede Strefemans zu lernen, läßt offiziell erklären, daß er heute im Senat antworten werde. Diese Tatsache zeigt, daß die Rede des deutschen Außenministers hier einen starken Eindruck gemacht hat. Mussolini hat besonders der Hinweis auf die Anregung Strefemans, die Benennung der Sprache in der Sprache zu behandeln, den italienischen Ministerpräsidenten gereizt. Wenigstens lebten sowohl „Popolo d'Italia“ als auch „Messaggero“ übereinstimmend die Strefemansche Darstellung der Vorgänge in Locoano als unabweisbar.

Während die meisten Blätter sich noch zurückhalten, nimmt der „Impero“ schon heute in seiner bekanntesten Zeit die Erörterung Mussolinis vorans. „Am allgemeinen“, heißt es da, „hätte auf Mussolinis Erklärungen in der Kommer nicht hinlänglich oder gewollt hinlänglich erwidert werden können, als Strefemans ist. Strefemans Antwort, so spricht der „Impero“ weit, weitgehend, bedeutend und heimlich, jeder politischen Bedeutung her. Da das demontierte Deutschland keine Presse gegenüber so einmütig ist, daß es nicht einmal Befehlungen ausweiser Regierungshüter vernehmen könne, so verleiht der „Impero“ eine energische Gegenoffensive. Er macht die Andeutungen über ein neues deutsches Spionennetz, gegen das vorgegangen

werde. Von der Dezentrierung der Aufforderung zum Boykott letzten der deutschen Regierung wird Kenntnis genommen. Am meisten empört erscheint der „Impero“ über die Andeutung, daß die Silditorier Frage vor den Völkerverbund gelangen könnte. „Gegen mit diesen römischen Text“ auf das Wort aus, „Schildtorier ist eine innere Angelegenheit Italiens. Vor allen Dingen darf dieses arrogante Deutschland nicht ohne weiteres zum Völkerverbund zugelassen werden. Deutschland hat nur allzu bald verstehen, daß es selbst werden ist. Es will schon wieder aufstumpfen, während italienische Wälder um ihre in Kriegs gefallenen Höhen noch Trauer tragen.“

Unter der Überschrift „Der Wolf am Hammel“ schreibt die Mittagsausgabe des „Giornale d'Italia“ Strefemans hätte früher den Ausdruck des Bedauerns gegen die anti-italienische Fide finden sollen. Wenn die deutsche Regierung überbies beratige Bemühungen nicht brechen lässe oder nicht wolle, müsse sie schon abklären zeigen wie die von Mussolini gegebenen Hinweise. Italien müsse zu genau, wie Strefemans mit dem „Wolf“ als wirtschone also auch den sogenannten „Julianer Verhandlungen“. Italien sollte sich sichern, auch wenn dies die Grundbedingung ist 180.000 Deutschen verleiht. Die Deutschen sollten sich doch erinnern, wie sie Polen germanisiert. An das heute umgehende Kommissar glaube niemand.

Das Argument mit Polen wird ausführlich auch vom „Secolo“ aufgenommen. Hier bekannte Ausgabe der Wälder „Popolo d'Italia“ bringen auffallend ruhig und sachlich. Es bekräftigen hauptsächlich die Möglichkeit, daß der Sildtorier sich mit Sildtorier befinden können. Italien ist nur verpflichtet, anderssprachige Sildtoriergesellschaft nicht anders als die Sildtorier selbst zu behandeln.

Deutschlands Anmeldung vollzogen

Der Wortlaut der Note

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

10. Genf, 10. Februar

Heute vormittag 11.15 Uhr überreichte der deutsche Generalrat, Dr. Köpman, dem Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, die deutsche Note, in der die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund beantragt wird, und befrucht dann mit dem Generalsekretär die mit der Aufnahme Deutschlands zusammenhängenden Fragen. Die deutsche Note lautet:

Herr Generalsekretär!

Unter Hinweis auf das deutsche Memorandum an die Regierung der Nationalstaaten vom September 1924, auf die Ihnen, Herr Generalsekretär, übersandte deutsche

Note vom 12. Dezember 1924 und auf die Antwort des Völkerverbundes darauf vom 14. März 1925, sowie unter Bezugnahme auf die in Schriftstück hier beigefügte Note der übrigen an den Völkerverbund von Locoano befristeten Regierungen vom 1. Dezember 1925 befreie ich mich gemäß Artikel 1 der Völkerverfassung namens der deutschen Regierung hiermit die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu beantragen. Ich bitte Sie, diesen Antrag baldmöglichst auf die Tagesordnung der Bundesversammlung setzen zu wollen.

Gemeinsam: Es ist.

geb. Strefemans

Als Termin der Völkerverbundversammlung zur Aufnahme Deutschlands soll, wie ich höre, der 8. März in Aussicht genommen sein. Die in der deutschen Note genannten Schriftstücke werden aus diesem Anlaß vom Völkerverbundsekretariat nochmals im Wortlaut beifolgende.